

GRIECHENLAND

## Wenn der Rentner nicht weiterweiß

Alte Menschen können die Stromrechnung nicht mehr zahlen, Arbeitslose betteln um Essen. Der Sparkurs treibt viele Griechen in die Armut.

VON Gerd Höhler | 22. Februar 2012 - 10:31 Uhr

© Yannis Behrakis/Reuters



Passanten im Zentrum Athens

Es ist noch früh am Morgen, aber die Schlange ist schon lang vor der Geschäftsstelle der staatlichen griechischen Elektrizitätswerke DEI im Athener Vorort Ano Glyfada. Ungeduldig warten die Menschen darauf, dass die Schalter öffnen. Die meisten haben ihre Stromrechnung in der Hand. Wie Vyron Nikolopoulos.

"Ich bin ein Opfer der Krise", sagt der 72-jährige Rentner. Das sind die meisten Menschen, die an diesem regnerischen Februarmorgen vor dem DEI-Büro anstehen. Sie könnten ihre Stromrechnung auch bei der Bank oder auf einem Postamt bezahlen. Aber sie haben nicht genug Geld. Deshalb stehen sie hier an. Sie wollen über einen Nachlass verhandeln. Oder einen Zahlungsaufschub.

825 Euro Pension bekam Nikolopoulos vor der Krise. Jetzt sind es wegen der Rentenkürzungen nur noch 715 Euro. "Hier, sehen Sie", sagt der alte Mann und zeigt mit zitternder Hand die Stromrechnung vor: 326 Euro. Davon gehen 240 Euro auf das Konto der Immobilien-Sondersteuer, mit der Finanzminister Evangelos Venizelos Haushaltslöcher zu stopfen versucht.

480 Euro soll Nikolopoulos für die 60 Quadratmeter große Eigentumswohnung bezahlen, die er mit seiner 71-jährigen Frau bewohnt. Die Steuer wird mit der Stromrechnung eingezogen. Im Dezember kam die erste Rate, jetzt die zweite. Wer nicht zahlt, dem lässt der Finanzminister den Strom abdrehen. "Ich weiß nicht, wo ich das Geld auftreiben soll",

sagt der Rentner. 150 Euro hat er mitgebracht, die will er wenigstens anzahlen. "Wenn die uns den Strom kappen, dann erfrieren wir", sagt der alte Mann.

## **490 Euro Witwenrente – 60 Euro weniger als vor der Krise**

Die Griechen im Jahr drei der Krise: ein gedemütigtes, verzagtes Volk, zermürbt von immer neuen Hiobsbotschaften, enttäuscht, weil sich Hoffnungen, die man kaum zu hegen wagte, in den vergangenen Monaten immer wieder zerschlagen haben. Wie die von den Politikern verbreiteten Erwartung, die wirtschaftliche Talfahrt werde endlich gestoppt.

Doch stattdessen stürzt das Land immer tiefer in die Rezession. Um fast sieben Prozent ist die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr eingebrochen, in diesem Jahr dürfte sich der Absturz ähnlich steil fortsetzen. Weil die Wirtschaft schrumpft, steigen Defizit- und Schuldenquoten. Der Finanzminister muss deshalb die Steuerschraube noch weiter anziehen und noch mehr Ausgaben streichen, um die Sparvorgaben zu erreichen. Damit entzieht er dem Wirtschaftskreislauf noch mehr Geld und treibt das Land tiefer in die Rezession – ein Teufelskreis.

Gerade wurde Griechenland vor dem Staatsbankrott bewahrt, wieder einmal. Die Euro-Finanzminister haben am Dienstag das neue Hilfspaket in Höhe von 130 Milliarden Euro beschlossen. Griechenland – gerettet? "Das ist doch nur eine Galgenfrist", sagt Evanthia Zigouli. Auch die 74-jährige Witwe steht an diesem nasskalten Morgen vor der DEI-Geschäftsstelle an, um über einen Zahlungsaufschub für die Stromrechnung zu bitten.

"Machen wir uns nichts vor, Griechenland ist pleite", sagt sie. "Und bei uns kommt von dem Hilfgeld doch kein einziger Euro an", meint sie. Die Frau, die für ihre Familie fünf Jahrzehnte lang den Haushalt geführt hat, bekommt monatlich 490 Euro Witwenrente – 60 Euro weniger als vor der Krise.

Sie hätte wohl mehr Geld, wenn die staatliche Bürokratie effizienter arbeiten und nicht manche Griechen die Schwächen der Verwaltung schamlos ausnutzen würden: über 60.000 sogenannte Phantom-Rentner gab es bis vor Kurzem in Griechenland. Die meisten waren längst tot, die Hinterbliebenen kassierten trotzdem weiter.

Andere bezogen unter verschiedenen Namen mehrere Renten. Inzwischen seien die dubiosen Zahlungen eingestellt, heißt es im Athener Sozialministerium. Aber diese Betrugereien haben allein die größte staatliche Versicherungskasse IKA im vergangenen Jahrzehnt rund acht Milliarden Euro gekostet.

Evanthia Zigouli kennt die Vorwürfe. "Alle schlagen jetzt auf uns ein, auf die Betrüger und die Pleite-Griechen – das ist leicht, wenn man schon am Boden liegt", sagt Zigouli verbittert. Bisher hat ihr Sohn sie finanziell unterstützt. "Aber seit vier Wochen ist er arbeitslos, der weiß jetzt nicht einmal, wie er seine Frau und seine beiden Kinder durchbringen soll", sagt Zigouli.

Fast jede griechische Familie ist von der Arbeitslosigkeit unmittelbar betroffen. Mehr als jeder fünfte Grieche ist bereits ohne Job, unter den Jugendlichen sogar jeder zweite. Im November stieg die Arbeitslosenzahl erstmals in der jüngeren Geschichte des Landes über eine Million: 1.029.587 Menschen waren ohne Arbeit. Nur etwa jeder Dritte von ihnen bekommt Arbeitslosengeld. Neuere Zahlen liegen noch nicht vor, aber seither dürfte die Zahl der Arbeitslosen weiter gestiegen sein.

## **Per Gesetz alle Löhne und Gehälter eingefroren**

Zu den Bedingungen, die an die neuen Hilfskredite geknüpft sind, gehört auch die Senkung des Mindestlohnes. Er wird jetzt von 751 auf 586 Euro zurückgenommen. Für bis zu 25-Jährige sinkt er sogar auf 511 Euro. Auch das Tarifvertragsrecht wurde in Griechenland jetzt auf Weisung der internationalen Gläubiger suspendiert.

Per Gesetz werden alle Löhne und Gehälter so lange auf dem gegenwärtigen Niveau eingefroren, bis die Arbeitslosenquote unter zehn Prozent sinkt. Experten sagen, das könne mehr als ein Jahrzehnt dauern. Von diesem verordneten Lohnverzicht verspricht sich die Troika, die Vertreter der EU-Kommission, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank, die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Zunächst einmal aber hat diese Politik böse Folgen für die Arbeitslosen: Weil die Arbeitslosenhilfe an den Mindestlohn gekoppelt ist, sinkt sie von 461 auf 360 Euro. Sie wird maximal ein Jahr lang gezahlt. Danach ist Schluss. Eine Sozialhilfe oder Grundsicherung wie Hartz IV gibt es in Griechenland nicht. Nach und nach werden deshalb im Laufe dieses Jahres jene mehr als 250.000 Griechinnen und Griechen, die im vergangenen Jahr ihre Jobs verloren haben, aus der Arbeitslosenhilfe herausfallen.

## **Obdachlosigkeit war fast unbekanntes Phänomen**

"Auf uns kommt eine Lawine des Elends zu", sagt Ada Alamanou. Sie arbeitet für die gemeinnützige Hilfsorganisation Klimaka, die Obdachlose betreut. Obdachlosigkeit war vor Beginn der Krise ein in Griechenland fast unbekanntes Phänomen. "Jetzt gibt es allein in Athen geschätzt 20.000 Menschen, die kein Dach mehr über dem Kopf haben", berichtet Alamanou. Die Obdachlosen verbringen die Nächte in Hauseingängen oder Grünanlagen, schützen sich mit Pappe oder Zeitungspapier vor der Kälte.

Nach Berechnungen der EU-Statistikbehörde Eurostat leben in Griechenland bereits knapp 28 Prozent der 18- bis 64-Jährigen an der oder unter der Armutsgrenze. Was das bedeutet, ist auf den Straßen Athens zu sehen. Immer häufiger begegnet man Menschen, die in Mülltonnen nach Verwertbarem wühlen oder abends, wenn die Supermärkte schließen, die Abfallbehälter vor den Geschäften nach weggeworfenen Nahrungsmitteln durchsuchen. Der Rundfunksender Skai ruft täglich zu Spenden auf, um Bedürftige mit warmer Kleidung und Decken zu versorgen.

In vielen Athener Mietshäusern bleiben in diesem Winter die Zentralheizungen ausgeschaltet, weil die Mieter kein Geld für das Heizöl haben, das sich wegen Steuererhöhungen kräftig verteuert hat. Auch hier trifft der Sparkurs der Athener Regierung vor allem jene, die ohnehin zu kurz kommen.

In vielen Supermärkten stehen neben den Kassen Behälter mit der Aufschrift "Gemeinsam schaffen wir es". Hier können jene, die Geld übrig haben, Lebensmittel für Bedürftige spenden. Davon gibt viele: 250.000 Menschen werden Tag für Tag allein in den Armenspeisungen der orthodoxen Kirche verköstigt.

Welche Schicksale sich hinter den Armutsstatistiken verbergen, weiß auch Nikitas Kanakis von der griechischen Sektion der Hilfsorganisation Ärzte der Welt. Sie betreibt in vier griechischen Städten Krankenstationen, wo Bedürftige kostenlos behandelt werden. "Wir sind mit einer humanitären Krise konfrontiert", sagt der Zahnarzt Kanakis.

Das staatliche Gesundheitssystem steht vor dem Zusammenbruch. Auf Weisung der Troika muss der Staat in diesem Jahr bei den Ausgaben für Medikamente weitere 1,1 Milliarden Euro sparen und den Ärzten Überstunden streichen. Ein Brennpunkt der Arbeit der Ärzte der Welt ist Perama, eine Industriestadt westlich Athens.

Früher war Perama das Zentrum der griechischen Schiffsbauindustrie. Heute hat der 25.000 Einwohner zählende Ort die wohl höchste Arbeitslosenquote Griechenlands, rund 60 Prozent. Wenn die Arbeitslosenhilfe nach spätestens zwölf Monaten ausläuft, verliert man in Griechenland automatisch auch seine Krankenversicherung.

Immer mehr Menschen suchen deshalb Hilfe bei der Krankenstation der Ärzte der Welt in Perama. "Und immer mehr Menschen, die zu uns kommen, fragen nicht nach Medikamenten", berichtet Nikitas Kanakis, "sie sind hungrig und bitten um etwas zu Essen". Was sich in seinem Land abspiele, sei "beschämend und schockierend", sagt der Arzt.

So weit, dass er um Essen betteln muss, ist Vyrion Nikolopoulos noch nicht. Ihm fehlt nur das Geld für die Stromrechnung. Nach zwei Stunden tritt er aus der Geschäftsstelle der Elektrizitätsgesellschaft wieder auf die Straße. Die Rechnung hat er noch in der Hand, unbezahlt. "Die Angestellte war sehr freundlich und verständnisvoll", berichtet der Rentner. Aber viel Hoffnung hat sie ihm nicht machen können. "Letztlich müssen Sie bezahlen", hat sie mir gesagt. Nur einen kleinen Aufschub hat Nikolopoulos herausgehandelt – eine Galgenfrist.

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-02/athen-griechenland-sparpaket>